

## Mitgliederversammlung SpiFa e. V. – Beschlussantrag

Datum: 20. April 2018

TOP: 4/5 – Politische Lage

Antragsteller: Vorstand des SpiFa

Titel: Ablehnung von Staatseingriffen durch die Regierungskoalition in die gemeinsame Selbstverwaltung

Der Vorstand des SpiFa e.V. schlägt der Mitgliederversammlung des Spitzenverband Fachärzte Deutschlands e. V. (SpiFa e.V.) vor, wie folgt zu beschließen.

### Antrag:

Die im SpiFa e.V. über ihre Berufsverbände organisierten Fachärzte aus Klinik und Praxis lehnen gemeinschaftlich die Eingriffe der Regierungskoalition und des Staates in die gemeinsame Selbstverwaltung – wie im Koalitionsvertrag CDU/CSU und SPD vorgesehen – ab. Gleiches gilt für die Ausweitung der Kompetenzen der Bundesländer in die Hoheit der regionalen Selbstverwaltung in der vertragsärztlichen Versorgung.

### Begründung:

Die Vereinbarung von Mindestsprechstundenzeiten, der Zulassungsbedingungen, des Honorars, der Qualitätssicherung, der Bedarfsplanung sowie die Zusammensetzung der entsprechenden Gremien der Selbstverwaltung sind ureigene Kompetenz und hoheitliche Aufgabe der gemeinsamen und ärztlichen Selbstverwaltung im Rahmen der Verhandlungen des Bundesmantelvertrages. Bei Eingriff in diese Hoheit wird das zentrale Element der Selbstverwaltung zerstört und macht Verhandlungen überflüssig.

Die Ausweitung der Kompetenzen der Länder im Rahmen der Aufgaben der Selbstverwaltung im Bereich der Zulassung und Bedarfsplanung stellen einen systematischen Bruch der Logik der gemeinsamen Selbstverwaltung dar. Die Bundesländer beteiligen sich weder im Rahmen der Finanzierung noch der Administration und Unterhaltung der Versorgungsstrukturen im ambulanten vertragsärztlichen Bereich. Somit widersprechen die Vorhaben jedweder Logik von Aufgabenteilung und -wahrnehmung.

Angenommen:  Abgelehnt:  Entfallen:  Zurückgezogen:  zurück an Vorstand:

Stimmergebnis: **einstimmig JA:** \_\_\_\_\_ **Nein:**  **Enthaltungen:**